

**Katja Mast**

- (A) leistung. Und drittens ist sie Wertschätzung für die stillen Heldinnen und Helden des Alltags: für die Pflegehilfskraft, für die Kassiererin im Supermarkt, für den Einräumer im Supermarkt, für den Paketboten, für den Lagerarbeiter. Sie verdienen dieses Engagement; sie verdienen, dass wir uns hier so reinknien.

Ich freue mich darüber, dass meine Kolleginnen und Kollegen von der Union heute auf den fahrenden Zug aufspringen und wir die ganzen Hürden beseitigen konnten.

(Zuruf des Abg. Uwe Schummer [CDU/CSU])

– Ja, Kompromisse machen die Demokratie aus; aber die Widerstände von euch waren schon sehr hartnäckig. Deshalb sage ich das auch so klar.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Unser Ziel als SPD, unser Ziel als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es, den Sozialstaat zu stärken, auch in Zeiten der Coronapandemie und der Krise, und den Sozialstaat zum Partner der Bürgerinnen und Bürger zu machen. Auf diesem Weg kommen wir heute ein großes Stück weiter.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

- (B) Ich muss noch die namentliche Abstimmung schließen. Ich gehe davon aus, dass jetzt kein Kollege mehr im Hause ist, der keine Gelegenheit hatte, an der Abstimmung teilzunehmen. – Das ist der Fall. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird Ihnen später bekannt gegeben. Ich bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.<sup>1)</sup>

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun der Kollege Stephan Stracke das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Stephan Stracke (CDU/CSU):**

Vielen Dank. – Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Leistung muss sich lohnen. Das ist unser sozialpolitischer Anspruch als Union,

(Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Wo habt ihr den denn abgesehen?)

und den verwirklichen wir ja auch mit der vorliegenden Grundrente. Wir wollen, dass diejenigen, die viele Jahre gearbeitet, aber wenig verdient haben, im Alter deutlich mehr Geld in der Tasche haben. Und wir wollen Familienarbeit honorieren. Davon profitieren ganz überwiegend Frauen; denn sie sind es, die Kinder erziehen, die pflegen. Deswegen kommt die Grundrente.

Mit dieser Grundrente stärken wir auch das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit. Wir stärken es in der Rente und in der Grundsicherung. 1,3 Millionen Rentnerinnen und

Rentner erhalten einen Zuschlag auf ihre Rente von bis zu rund 420 Euro pro Monat. (C)

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Es hätten 3 Millionen sein können, wenn ihr das nicht verhindert hättet!)

Das ist gut, gut für Frauen, weil sie häufig in Teilzeit arbeiten, gut für die Menschen im Osten, aber auch beispielsweise gut für Spätaussiedler, weil der Zuschlag nicht gedeckelt wird entsprechend dem Fremdrentengesetz. Das ist insgesamt gut. Wir führen außerdem in der Grundsicherung einen neuen Freibetrag von bis zu 216 Euro pro Monat ein, bis zu dem die Rente anrechnungsfrei gestellt wird.

Damit gehen zwei ganz klare Signale einher:

Erstens. Es lohnt sich, einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen. Wir stärken damit die Akzeptanz der Rentenversicherung.

Zweitens. Es lohnt sich, für das Alter vorzusorgen, und zwar in allen Säulen unserer Alterssicherung: in der Rente, in der betrieblichen und in der privaten Altersvorsorge. Leistung und Eigenvorsorge lohnen sich in Bezug auf die Rente und in Bezug auf die Grundsicherung. Das ist die zentrale Botschaft dieses Grundrentengesetzes.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir verknüpfen das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit mit dem der Bedarfsgerechtigkeit. Wir helfen dort, wo es notwendig ist. Das ist genau das Gegenteil vom Prinzip Gießkanne. (D) Darin unterscheidet sich unser Ansatz von den Ansätzen der Opposition, gerade vom Ansatz der Linken und der Grünen, die am Gießkannenprinzip festhalten, aber auch vom Ansatz der FDP und der AfD, die die Menschen ausschließlich in der Grundsicherung belassen wollen.

(Johannes Vogel [Olpe] [FDP]: Was? – Alexander Graf Lambsdorff [FDP]: Das ist doch Blödsinn! Das ist wahrheitswidrig! Und das wissen Sie!)

Die Gießkanne ist immer ungerecht, weil sie milliardenschwere Mitnahmeeffekte produziert, gerade bei denjenigen, die weitere Einkünfte haben, oder bei denjenigen, bei denen ein Ehepartner über ein Einkommen verfügt, durch das beide gut abgesichert sind. Weil die Gießkanne ungerecht ist, ist sie immer auch teuer. Sie ist ungerecht und unfinanzierbar, und deswegen lehnen wir sie ab.

Die Grundrente enthält einen Schutz vor einer Überforderung der Steuerzahler und der Beitragszahler – das ist auch Teil des Prinzips der Leistungsgerechtigkeit –: Wir setzen auf eine Einkommensprüfung. Maßstab dabei ist das zu versteuernde Einkommen. Eine Einkommensanrechnung ist nicht neu. Wir kennen das vom Witwenrecht; da wird das auch nicht infrage gestellt.

Ja, es ist richtig: Das führt zu einem hohen Aufwand. Aber dieser Aufwand entsteht innerhalb der Verwaltung und nicht bei den Menschen. Für die Menschen ist das, was wir gemacht haben, bürokratiearm: kein Antrag, keiner muss aufs Amt gehen. Entscheidend ist: Wir lassen

<sup>1)</sup> Ergebnis Seite 21192 D

**Stephan Stracke**

- (A) die Daten rennen und nicht die Menschen. Das ist unser Ansatz in diesem Bereich.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Dagmar Schmidt [Wetzlar] [SPD])

Meine sehr verehrten Damen und Herren, durch die Bedarfsprüfung ist die Grundrente auch finanzierbar: 1,4 Milliarden Euro im Einführungsjahr. Das ist deutlich weniger als die 5 Milliarden Euro, die das Ursprungsmodell vorgesehen hatte. Die Grundrente ist zielgenau, sie ist finanzierbar, und sie wird aus Steuermitteln finanziert. Einen Griff in die Sozialkassen haben wir verhindert.

Der Vorschlag des Finanzministers war, die benötigten Steuermittel durch die Finanztransaktionsteuer in Höhe von 1 Milliarde Euro und durch 400 Millionen Euro aus Eigenmitteln des Haushalts des Bundesarbeitsministers zu organisieren. Auf diese Worte sind keine Taten gefolgt. Diese Schwäche darf nun allerdings nicht zulasten der Rentnerinnen und Rentner gehen. Deswegen geben wir ein Signal der Sicherheit; das haben die Rentnerinnen und Rentner verdient. Und gerade jetzt, innerhalb der schwersten Rezession seit der Nachkriegszeit, ist ein Signal der Sicherheit notwendig, auch zur Stärkung des gesellschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in diesem Lande.

(Beifall bei der CDU/CSU)

- (B) Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Grundrente ist *ein* Modell und *ein* Baustein zur Stärkung der Rentnerinnen und Rentner und zur Vermeidung von Altersarmut, sicherlich nicht einzig und allein; deswegen haben wir beispielsweise auch die Erwerbsminderungsrenten erhöht, wir haben die Mütterrente eingeführt,

(Matthias W. Birkwald [DIE LINKE]: Sie haben die Rentnerinnen und Rentner im Regen stehen lassen, schon das dritte Mal hintereinander!)

wir haben für Verbesserungen bei der betrieblichen Altersvorsorge gesorgt, und wir werden jetzt auch die Altersvorsorgepflicht für Selbstständige einführen. Das zeigt: Rentenpolitik ist immer ein Dauerlauf, kein Sprint.

Heute können wir uns über dieses Gesetz freuen, und wir werden morgen wieder an die Arbeit gehen für die Menschen in Deutschland, für ein zukunftsfähiges und gutes Alterssicherungssystem in Deutschland.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Ralf Kapschack für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Ralf Kapschack (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Aller guten Dinge sind drei. Zwei Koalitionen haben sich an diesem Thema schon vergeblich versucht, die dritte schafft es; deshalb ist in der Tat heute ein guter Tag.

(Beifall bei der SPD sowie des Abg. Dr. Matthias Zimmer [CDU/CSU])

(C)

Die Grundrente ist ein sozialpolitischer Meilenstein, vergleichbar mit der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns. Diese Grundrente für Menschen, die lange gearbeitet, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, wird endlich in die Tat umgesetzt; lange genug hat es gedauert. Und – wir haben es gehört und auch noch mal gespürt –: Hier in der Koalition hat es mächtig geknirscht. Aber es gibt Situationen, da muss man einfach die Nerven behalten, wenn man auf dem richtigen Weg ist. Und es hat sich gelohnt; denn für die Grundrente muss man eben keinen Antrag stellen; es gibt keine Vermögensprüfung wie in der Grundsicherung. Es ist eben keine Fürsorgeleistung, erst recht kein Almosen, sondern ein eigener erworbener Anspruch.

(Beifall bei der SPD sowie der Abg. Antje Lezius [CDU/CSU])

Das ist eben auch der Unterschied zu dem Konzept der FDP: Es ist keine Grundsicherung plus; deshalb ist der FDP-Begriff „Basisrente“ reiner Etikettenschwindel.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Was auf dem Tisch liegt, ist ein Kompromiss, klar. Bei aller Kritik im Detail: „Es ist ein intelligenter und kein fauler Kompromiss“, das ist ein Zitat von Ulrich Schneider, dem Chef des Paritätischen Wohlfahrtsverbands, der nicht dafür bekannt ist, überschwängliches Lob für diese Große Koalition zu verteilen.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Gabriele Hiller-Ohm [SPD]: Wohl wahr!)

Zugegeben, man hätte sich einfachere Lösungen vorstellen können; aber mit der Komplexität müssen sich die Rentnerinnen und Rentner glücklicherweise nicht auseinandersetzen. Wenn sie in Rente gehen, wird im Hintergrund ohne Antrag geprüft, ob sie für die Grundrente infrage kommen. Dann gibt es einen Abgleich mit den Finanzbehörden, und dann gibt es ein Ergebnis. Fertig! Und so gilt das auch für den Bestand.

Jeder hat mitbekommen: Es war ein langer Weg bis zu dieser dritten Lesung. Man kann Kritik üben an dem, was auf dem Tisch liegt, völlig klar; aber ich frage mich schon, ob alle wissen, was sie so in die Welt twittern. Gegen die Grundrente zu wettern genauso wie vor ein paar Jahren gegen den Mindestlohn, das ist schon schräg. Vorhin ist die Band „BAP“ genannt worden. Und da fällt mir ein Refrain ein: „Wahnsinn, das darf nicht wahr sein!“

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Denn niedrige Löhne sind in erster Linie der Grund für eine niedrige Rente. Und wer niedrige Renten verhindern will, der muss deshalb für anständige Löhne kämpfen; aber mit der Logik ist das ja manchmal so eine Sache.

Damit das hier nicht ganz untergeht: Im Geleitzug der Grundrente wird die betriebliche Altersvorsorge gerade